Verfolgte Christen aktuell

Info- und Aktionsbrief des IGFM-Referats Religionsfreiheit

„Denkt an die Gefangenen, als wäret ihr mitgefangen!“ Hebr. 13,3

4 - 2015

„Gewöhnen Sie sich nicht an diesen Horror“

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) erreichte der leidenschaftliche Appell des syrischen Arztes Nabil Antaki aus Aleppo, angesichts des syrischen Dramas und des Leidens der Syrer nicht die Fähigkeit zum Protest zu verlieren. *„Prangern Sie die barbarischen Akte an. Gewöhnen Sie sich nicht an diesen Horror“*, schrieb der Mediziner, der für die Blauen Maristen tätig ist, mit denen die IGFM in Kontakt steht. Wir müssten verhindern, dass die Wiederholung des Anprangerns die angeprangerten Untaten banalisiert.

Zerstörungen in Aleppo 2013 (Bild: Maristenbrüder Aleppo)

„Erklären Sie Ihre Solidarität mit den Menschen, die Hunger und Durst haben, die krank und verwundet sind....und mit den Flüchtlingen auf den Straßen und auf dem Meer“, schreibt er weiter. Antaki appelliert an unsere Großherzigkeit und Gastfreundlichkeit. Er ermahnt uns dazu, die Flüchtlinge als menschliche Wesen zu betrachten, die vor Krieg und Tod fliehen, nicht als Migranten, die ein angenehmes Leben bei uns suchten. Wir sollten gegen die Desinformation über sie kämpfen und die politisch Verantwortlichen dazu drängen, die syrische Tragödie endlich politisch zu lösen und *„zu retten, was das Wesen und das soziale Netz von Syrien sein kann“*.

In Aleppo ist die Lage äußerst schwierig: Die Stadt ist vom IS im Osten, von der syrischen Armee und von Al-Nusra nahestehenden Rebellen eingekesselt. Ende Oktober wurde ein schmaler Zugang für zwei Wochen geschlossen. Die rund 1,5 Millionen Einwohner erreichten für zwölf Tage keine Lebensmittellieferungen, und sie hatten kein Wasser, weil die Pumpen versagten. Seit 23. Oktober war Aleppo vorübergehend total von der Stromversorgung abgeschnitten. Seither gibt es nur stundenweise Strom. Produktion zum Selbsterhalt war nicht mehr möglich, die Preise für Obst und Gemüse explodierten. Die „Blauen Maristen“ tun mit ihrem Hilfswerk, was sie können, um Wege zu finden, zur Versorgung beizutragen. *„Wir haben uns entschlossen, bei dem leidenden syrischen Volk zu bleiben, ihm zu dienen, ihm die Liebe Gottes zu bezeugen, Zeugen des Lichts in einer Zeit der Dunkelheit zu sein, Zeugen des Friedens in einer Zeit unglaublicher Gewalt“*, so schrieb Maristenbruder Georges Sabe in seinem Brief vor Weihnachten.

Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte weiß von 3.591 Menschen, die bis Ende November in den syrischen Gebieten, die unter seiner Kontrolle sind, vom Islamischen Staat (IS) hingerichtet wurden. Darunter sind 1.945 Zivilisten, die nicht in Kämpfe verwickelt waren, 103 Frauen und sogar 77 Kinder. Der IS hat das islamische Recht, die Scharia eingeführt, und auf dieser Grundlage wurden Menschen unter anderem wegen Zauberei oder Homosexualität sowie Kollaboration mit den USA zum Tode verurteilt. Zu den zivilen Opfern der Todesstrafe zählt die Hälfte der Angehörigen des Shaitat-Stammes, wie die Agentur Asia News berichtet. Zehntausende IS-Kämpfer kontrollieren weite Teile der Provinzen von Homs, Hama, Deir Ezzor und Hassakeh sowie die Stadt Raqqa. Köpfen, Steinigen, Entführungen und Vergewaltigungen verüben sie massenhaft.

Maristenapotheke in Aleppo 2013
(Bild: Maristenbrüder Aleppo)

Vor dem Krieg, der 2011 begonnen hat, flohen bislang vier Millionen Menschen; 250.000 Menschen kostete er das Leben. Vor dem Ausbruch erlebten Christen und andere religiöse Minderheiten eine - für mehrheitlich muslimische Länder - besondere Toleranz in Syrien, das für Christen hinsichtlich seiner biblischen Stätten auch Heiliges Land ist.

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) wendet sich gegen politische Forderungen, unter anderem des britischen Regierungschefs David Cameron, die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) künftig nur noch „Daesch“ zu nennen. IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin sagte auf Anfrage der Agentur Idea: *„Die Beteuerungen etlicher islamischer Verbände, der Islamische Staat habe mit dem Islam nichts zu tun und seine Kämpfer seien gar keine Muslime, leiten in eine Sackgasse.“*

Der IS nennt sich selbst „islamisch“, er setzt das islamische Recht, so wie er selbst und viele andere Salafisten es verstehen, rigoros durch. Seine Sprache ist religiös überladen und er beruft sich bei seinen Gesetzen, Handlungen und Verbrechen auf Koran, islamische Überlieferung und islamische Rechtstraditionen. Es muss also klar sein, dass der Islamische Staat auch mit dem Islam zu tun hat. Wer Menschenrechtsverletzungen zum Beispiel an Frauen und Minderheiten mit den Buchstaben des Korans rechtfertigt, scheidet als Alternative zum IS aus, selbst wenn er den IS als „unislamisch“ bezeichnet.

Doch keine Zwangsislamisierung von Kindern konvertierter Elternteile
Irakisches Parlament nimmt Gesetzentwurf zurück

Proteste verhinderten eine weitere Ausdehnung der Scharia im Irak: Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) begrüßt die Entscheidung des irakischen Parlaments, Kinder von Konvertiten zum Islam nicht automatisch selbst zu Muslimen zu erklären. Zuvor sollte eine Verfassungsänderung beschlossen werden, diese Kinder zu islamisieren. Diese hätte einen massiven Eingriff in die Religionsfreiheit bedeutet. Erkenntnissen der IGFM zufolge wäre dieser Weg schwer rückgängig zu machen, nur unter größter Gefahr für Leib und Leben dieser Menschen.

Die IGFM unterstützte Patriarch Louis Raphael I. Sako, Oberhaupt der chaldäisch-katholischen Kirche, in seiner deutlichen Kritik an dem jetzt abgelehnten Entwurf: *„Diese Regelung zählt zu den am stärksten diskriminierenden, da sie eine totale Missachtung der Werte der irakischen Zivilisation bedeutet.“* Der Patriarch verwies in einem Protestschreiben auf drei Artikel der irakischen Verfassung, darunter Artikel 42: *„Jede Person hat Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Weltanschauungsfreiheit.“* Das Oberhaupt der chaldäischen Kirche führte auch Proteste vor der Sankt-Georgs-Kirche in Bagdad an; die Angehörigen der chaldäischen Gemeinde wurden dabei selbst von Vertretern der muslimischen Gemeinschaft unterstützt.

Stephanuspreisverleihung an Patriarch Raphael I. Sako
(Bild: Walter Flick/IGFM)

Als Reaktion auf die Proteste stimmten am Dienstag 140 von 206 Abgeordneten des irakischen Parlaments dafür, den diskriminierenden Entwurf für Artikel 26 der Verfassung zu ändern.

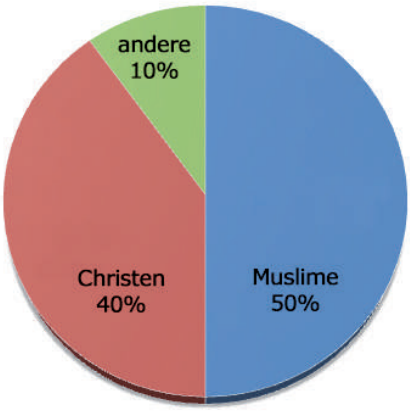
Bereits am 23. März 1976 trat im Irak der „Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ in Kraft, in dessen Artikel 18 es in Ziffer 2 heißt: *„Niemand darf einem Zwang ausgesetzt werden, der seine Freiheit, eine Religion oder eine Weltanschauung seiner Wahl zu haben oder anzunehmen, beeinträchtigen würde.“* Weiter steht in Ziffer 4: *„Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Freiheit der Eltern und gegebenenfalls des Vormunds oder Pflegers zu achten, die religiöse und sittliche Erziehung ihrer Kinder in Übereinstimmung mit ihren eigenen Überzeugungen sicherzustellen.“*

Die IGFM hatte dem Patriarchen in einen Brief zugesichert: *„Wir möchten hier unsere Solidarität mit Ihnen und allen Christen im Irak bekunden. Wir werden für Ihr Begehren werben und versuchen, Bürger und Politiker zu gewinnen, sich für die Achtung der Religionsfreiheit im Irak und für ein Ende der Gewalt einzusetzen, zu der auch die Bevormundung der Christen innerhalb der Familie gehört.“* Patriarch Louis Raphael I. Sako dankte der IGFM herzlich für die Unterstützung.

Nord-Nigeria ist fast christenfreie Zone

Wieder sind um Weihnachten viele Christen in Nigeria verängstigt gewesen, besonders im Norden des westafrikanischen Landes. Tatsächlich verübte Boko Haram über die Feiertage wieder mehrere Attentate, darunter im Dorf Kimba im nordöstlichen Bundesstaat Borno, wo die Jihadisten 14 Menschen erschossen und das ganze Dorf niederbrannten. Vor zwei Jahren schon attackierte die sunnitisch-salafistische Bewegung zu Weihnachten eine Kirche in Madalla in der Nähe von Abuja und brachte dabei mehr als 40 Menschen um. Die Terroristen haben mitten in einer feierlichen und fröhlichen Messe zugeschlagen. Boko Haram hat sich zum Ziel gesetzt, Nord-Nigeria zur christenfreien Zone zu machen. *„Sie nutzen hohe Feiertage, um den Christen zu zeigen, dass sie dort nicht hingehören“*, erklärt der IGFM-Referent für Subsahara-Afrika Emmanuel Ogbunwezeh. Oftmals kommen sie auch in die Dörfer und töten die Menschen zu Hause.

Nord-Nigeria ist noch immer einer der gefährlichsten Orte für Christen weltweit. Die Hoffnung, dass der neue Präsident, Muhammadu Buhari, etwas bewegen kann, sei bis jetzt nicht ansatzweise erfüllt. *„Sie können bislang Boko Haram und ihrem asymmetrischen Krieg immer noch nichts entgegen setzen, weil sie nicht die Mittel haben“*, erklärt Ogbunwezeh weiter, der selbst aus Nigeria kommt und regelmäßig mit Vertretern aus vielen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen in Kontakt steht. Am Ende der vorigen Regierung seien südafrikanische Söldner eingesetzt worden, die einige Erfolge erzielt hätten. *„Die neue Regierung entschied sich gegen die Söldner“*, sagt er.



Religionen in Nigeria

Christliche Gemeinden existieren bald nicht mehr in Nord-Nigeria, weil Boko Haram schon viele ausgelöscht hat. Für Kirchenbau gibt es keine Genehmigungen mehr. Christlichen Geschäftsleuten ist es untersagt, Hotels zu betreiben. *„Wir hören weiterhin jeden Tag von Anschlägen, Mord und und Totschlag. Die Boko-Haram-Terroristen bewegt eine Vision des Islam, eine fanatische Ideologie zur Erlangung der Weltherrschaft. Sie glauben, dass alles, was mit westlichen Werten, Christentum, Demokratie, Bildung und vor allem Freiheit zu tun hat, Teufelswerk ist und auszulöschen gilt und nur sie das Recht haben, zu existieren“*, berichtet der Nigeria-Experte weiter. Sie dulden nicht einmal andere Muslime wie die Schiiten: In diesem Herbst wurde auf eine schiitische Prozession ein Anschlag verübt. *„Sie sind dabei, Nigeria unregierbar zu machen“*, befürchtet Ogbunwezeh. Die alte Regierung hat darin versagt, Boko Haram zu stoppen. Und die neue Regierung ist dabei, ebenso zu versagen. Es ist kein Ende des Terrors in Sicht.

Christen beim Mittagsmahl überwältigt

In Laos stehen Gläubige weiter unter kommunistischer Kontrolle

In südostasiatischen Laos ist die Einheit der Gesellschaft unter Kontrolle der kommunistischen Partei oberste Regel: Durch die „Laotische Front für den nationalen Aufbau“ überwacht sie jegliche religiösen Aktivitäten. Zuweilen verfolgt das Regime unnachgiebig Christen wegen der Verbreitung ihres Glaubens. Am 2. September wurden zwei christliche Familienväter, der 43-jährige Bountheung Phetsomphone und der drei Jahre jüngere Neuy, beim Besuch in einem anderen Dorf festgenommen. Sie besuchten eine Familie zum Mittagessen, als fünf Polizisten hereinstürmten und sie überwältigten. Sie sitzen seither im Gefängnis in Ban Khoun Kham, im nördlichen Teil der Provinz Khammouane in Mittel-Laos. Die IGFM setzt sich für ihre Freilassung ein.

Wiederholt wurden Gemeindeleiter verhaftet. Für zwei Christen endeten die staatlichen Übergriffe tödlich: Ein evangelischer Pastor kam im September bei einem Entführungsversuch durch Sicherheitskräfte um und ein anderer Christ aus der Provinz Savannakhet, ebenfalls Mittel-Laos, starb im Gefängnis, nachdem ihm medizinische Hilfe verweigert wurde. Er hatte zusammen mit vier anderen Gläubigen eine todkranke Frau aufgesucht und für sie gebetet, bevor sie festgenommen wurden.

Aus dem „Laos 2014 International Religious Freedom Report“ des US-Aussenministeriums geht hervor, dass zwischen 40 und 50 Prozent der Bevölkerung von 6,8 Millionen dem Theravada-Buddhismus folgen und Christen, Muslime, Bahai, Anhänger des Konfuzianismus und des Mahayana-Buddhismus weniger als drei Prozent ausmachen.

Von der Machtübernahme der Kommunisten im Jahr 1975 bis zum Zusammenbruch des Ostblocks 1989 herrschte eine religionsfeindliche Willkürpolitik: Einheimische Gläubige und religiöse Würdenträger verschwanden auf Verdacht jahrelang in Gefängnissen, und Ausländer wurden ausgewiesen.

Theoretisch gesteht nun die Verfassung von 1991 den Gläubigen religiöse Aktivitäten zu; praktisch existiert ein undurchschaubares Geflecht von Pflichten für religiöse Gemeinschaften. Reine Kultusfreiheit wird gewährt. Alles, was den Gemeinschaftscharakter der jeweiligen Religionsgruppen unterstreicht, hat letztlich Laos als Nation und dem kommunistischen System zu dienen. „Spaltung unter Religionen und gesellschaftlichen Gruppen“ wird ausdrücklich verworfen. Kulturelle Einheit unter einer Einparteienherrschaft ist das zugrunde liegende politische Konzept. Daher wird der Buddhismus besonders hervorgehoben.

Laos ist eine marxistische Volksrepublik mit einem Einparteiensystem.

6,8 Millionen Einwohner leben auf ca 236.000 Quadratkilometer groß (etwa so groß wie Großbritannien). Laotisch ist Amtssprache, aber nicht jeder Einwohner beherrscht sie, denn es gibt 70 bis 120 unterscheidbare und noch gesprochene Sprachen in Laos. Die ethnische Zusammensetzung von Laos ist umstritten, wobei die Lao, Khmu und Thai die größten Gruppen stellen.

Laos verzeichnet eine niedrige Alphabetisierungsrate: Nur zwei Drittel der Männer und ein Drittel der Frauen können Lesen und Schreiben. Rund 40 Prozent der Laoten haben noch nie eine Schule besucht.

Laos ist ein zu 50 Prozent bewaldeter Agrarstaat, etwa 80 Prozent der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig, meist zur Selbstversorgung. Die Industrie ist, bedingt durch die geringe Bildung der Bevölkerung kaum entwickelt.

Das Pro-Kopf-Einkommen lag 2001 bei 275 Euro. Die Handelsbilanz ist negativ.

Es gibt kaum private Autos im Land. Selbst große Distanzen werden zu Fuß zurückgelegt. Das Fahren per Anhalter ist gängige Praxis.

Telefon, Handynetze und Internet existieren, sind aber kaum verbreitet. Es findet eine strenge Medienzensur statt.

Ein großes Sicherheitsproblem von Laos sind Blindgänger, die aus dem Vietnamkrieg stammen. Sie machen das Land zu einem der Staaten mit den größten Mengen an nicht explodiertem Kriegsmaterial im Boden.

Die Tradition des Opium-Anbaus beschert dem Land ein massives Drogenproblem. Die Todesstrafe ist nicht abgeschafft. [wikipedia]

Die Einschränkung der Religionsfreiheit zeigt sich auch im „Dekret über die Kontrolle und den Schutz der religiösen Aktivitäten“ aus dem Jahr 2002. Es bildet die Grundlage dafür, dass in Laos vertretenen Religionsgemeinschaften die Anerkennung versagt wird, wie etwa kleineren evangelischen Gruppen und sogar Methodisten und Baptisten. Der Bau religiöser Stätten wird erschwert; Engagement auf dem Gebiet der Bildung, Medizin oder im Sozialen wird ebenso wie Missionstätigkeit außerhalb des Wohnortes untersagt und Auslandskontakte werden der staatlichen Kontrolle unterstellt. Verfassung und Dekret schreiben den Religionsgemeinschaften vor, nationalen Interessen zu dienen und ihre Anhänger zu guten Staatsbürgern zu erziehen. In der Praxis zeigt sich Willkür durch die für die KP agierende „Laotische Front für den nationalen Aufbau“ auf Dorf- oder Distriktebene: Angehörigen der traditionellen Stammesreligionen, die zum Christentum übertreten, wird voller Misstrauen begegnet: Drohungen, Enteignungen, Festnahmen sind keine Seltenheit, um eine Abkehr vom Christentum zu erreichen.

Gefangene des Monats: Neuy und Bountheung Phetsomphone (Bild: privat)

Politiker für die Religionsfreiheit

Mehr als Dreiviertel der Menschen, die weltweit wegen ihres Glaubens verfolgt werden, sind Christen. In einigen Gegenden wie in Nord-Nigeria (siehe Seite 2) geht deren Verfolgung so weit, dass ganze Landstriche „christenrein“ werden sollen – ginge es etwa nach sunnitisch-salafistischen Ideologen. Die Kämpfer, die in ihrem Sinne quälen, vertreiben und morden, stellen eine historisch einmalige internationale Gefahr für Andersgläubige dar. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) hat den Ursprung dieser Entwicklung bereits vor Jahrzehnten mit dem Aufflammen des islamischen Fundamentalismus erkannt. Sie begrüßt, dass sich nun weltweit auch Politiker für die Religionsfreiheit zunehmend stark machen. Die UNO hat zwar einen Beauftragten für diese Freiheit, den deutschen Professor Heiner Bielefeldt, der aber als Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit des UN-Menschenrechtsrats weder einen Etat noch einen Mitarbeiterstab hat.

Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ist einer der Politiker, die sich bewährt für die Religionsfreiheit auf internationaler Ebene einsetzen: Er eröffnete in diesem Herbst eine historisch einmalige Parlamentarierversammlung in New York, kurz bevor in der Stadt am Hudson-River die 70. Generalversammlung der Vereinten Nationen begann. *„Wir werden nicht schweigen, wenn Menschen wegen ihrer Religionszugehörigkeit verfolgt werden“*, sagte er in seiner Ansprache. Der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Hans-Gert Pöttering, die die Versammlung entscheidend unterstützte, betrachtet die Religionsfreiheit als zentrales Menschenrecht: *„Ohne Religionsfreiheit gibt es keine Freiheit auf unserer Erde und in den Staaten, aus denen wir kommen.“*

Fast 150 Parlamentsabgeordnete aus 45 Nationen aus allen Erdteilen, religiöse Führer aller Weltreligionen und zahlreiche Vertreter von UNO und Bürgerinitiativen diskutierten intensiv, wie die UN sich künftig noch stärker für das Menschenrecht Religionsfreiheit einsetzen kann. Die Internationale Parlamentariergruppe für die Freiheit der Religion und des Glaubens (IPPFoRB; International Panel of Parliamentarians for Freedom of Religion or Belief) und die Konrad-Adenauer-Stiftung luden zu ihrer bislang größten Konferenz in ein Hotel unmittelbar gegenüber dem Hauptquartier der Vereinten Nationen ein. Bei der Konferenz trat auch Naghmeh Abedini auf, die Ehefrau des inhaftierten Konvertiten-Pastors Saeed Abedini, die noch im Mai zu Gast bei der IGFM war, um für ihren Mann zu kämpfen.

Naghmeh Abedin, die Ehefrau des inhaftierten Konvertiten-Pastors Saeed Abedini, im Mai zu Gast bei der IGFM (Bild: IGFM)

Die Initiative begann im vorigen Jahr mit einer ersten Charta, die rund zwei Dutzend Abgeordnete in Oslo verabschiedeten. *„Grundsätzlich ging es um die Freiheit aller Religionen, sowie um die Freiheit, keine Religion zu haben“*, berichtete in einem Interview Teilnehmer Philipp Hildmann, unter anderem für interkulturellen Dialog bei der Hanns-Seidel-Stiftung zuständig. Von der Konferenz seien drei Briefe an die Staatsoberhäupter von Vietnam, Iran und Myanmar versandt worden. *„Fast übereinstimmend sagten die Abgeordneten, dass diese Briefe wirken. Keiner möchte sein Land am Pranger stehen sehen, wenn so viele Parlamentarier unterschrieben haben“*, sagte Hildmann im Gespräch mit der IGFM. Ein konkretes Beispiel: Nach der Konferenz von Oslo brachte der Brief an die pakistanische Regierung tatsächlich in einem Fall eine spürbare Verbesserung, wie die Abgeordnete Assiya Nasir aus Pakistan in New York berichtete.

Für viele Christen aus Pakistan oder etwa aus Syrien kommt dieser Einsatz erst fünf nach zwölf. *„Für diese Idee ist es jetzt die Zeit“*, sagte Aykan Erdemir, Mitglied des türkischen Parlaments. *„Militante Extremisten propagieren sehr unverblümt und über alle Grenzen hinweg Hass. Menschen, die Rechte und Pluralismus verteidigen, sollten ebenso offen, organisiert und transnational agieren wie die Extremisten.“*

Vielleicht hat es auch historische Gründe, dass aus Deutschland ein gewichtiger Beitrag zur Förderung der Religionsfreiheit auf internationaler Ebene kommt und in New York sei das durchaus dankbar wahrgenommen worden, wie Hildmann berichtete. *„Da ist die große Hoffnung, dass Deutschland als Speerspitze das Thema noch viel stärker in den Blick nimmt“*, sagte er abschließend. Organisationen wie die IGFM, ihre Freunde und Förderer, Sie persönlich, können die Politiker durch ihre Aktivitäten unterstützen.

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter dem Kennwort „Religionsfreiheit“ auf folgendes Konto:
IBAN: DE31 5502 0500 0001 4036 00 • Swift-BIC: BFSWDE33MNZ
IGFM • Bank für Sozialwirtschaft • Kto. Nr. 1403600 • BLZ 550 205 00

Sehnsucht nach Religionsfreiheit bleibt weiter unerfüllt
Alles unter der Kontrolle der KP Chinas

Zu den Weihnachtsgottesdiensten sind gerade auch in China die Kirchen überfüllt gewesen; viele Menschen wurden sogar direkt zum Fest getauft. Jahrzehnte kommunistischer Herrschaft haben den christlichen Glauben nicht auszulöschen vermocht. Jedoch bleibt die Sehnsucht nach einer freien Religionsausübung im bevölkerungsreichsten Land der Erde noch immer unerfüllt. Im zurückliegenden Jahr, Mitte Mai, bestätigte Chinas Staatspräsident Xi Jinping, zugleich Generalsekretär der Kommunistischen Partei (KP), die Rangfolge aus Sicht des kommunistischen Regimes: Religionsgemeinschaften haben sich der KP unterzuordnen und dürften nur unter der Leitung der Partei „der Entwicklung der Nation dienen“.

Abhängig von der Provinz oder der Konfession sind Christen unterschiedlichen staatlichen Einschränkungen oder Schikanen ausgesetzt. Erkenntnissen der IGFM zufolge sind gerade viele Anhänger von Hauskirchen von teilweise sogar grausamen Übergriffen betroffen. Zu erinnern ist an das Schicksal von Pastor Gong Shengliang, Gründer und Leiter der Südchina Kirche, einer evangelikalen Hauskirche, der insgesamt wohl rund 50.000 Anhänger folgen. Wegen seiner missionarischen Aktivitäten wurde er im Dezember 2001 zum Tode verurteilt. Auf internationale Proteste hin wurde der Vorwurf fallengelassen. Jedoch strengte die Justiz ein neues Verfahren gegen ihn an, und er wurde aufgrund erzwungener Aussagen von Belastungszeugen wegen vielfacher Schändungen zu lebenslanger Haft verurteilt, wo er 2003 infolge schwerer Misshandlungen innere Verletzungen erlitt und zeitweise ins Koma fiel. Noch 2013 kämpfte seine Tochter für notwendige ärztliche Unterstützung des Pastors, der einen Herzschlag erlitten hatte.

Volle Lirchen auch in Shenyang (Bild: Michael Ragg)

Die IGFM tritt weiterhin für Lacheng Ren ein, Mitbegründer und Sponsor eines christlichen Buchladens mit dem Namen „Eny“ (übersetzt: Gnadenregen) in der 4,2 Millionen Einwohner zählenden Stadt Taiyuan (Provinz Shanxi). Seit Dezember 2012 sitzt er in Haft. Am 17. Juni 2013 verurteilte ihn ein dortiges Bezirksgericht wegen angeblicher „illegaler Geschäftstätigkeiten“ zu fünf Jahren Gefängnis.

Ebenso engagiert sich die IGFM für die Freilassung von drei Mitgliedern der evangelischen Hauskirche Liangren (Provinz Guangxi): Die Kindergartendirektorin Cheng Jie, bereits seit 18. Februar 2014 inhaftiert, sowie der Gemeindeälteste Huang Quirui und die Buchhalterin Li Jiato, Ehefrau eines Predigers der Hauskirche, zu der die Polizei in den frühen Morgenstunden des 24. Juni 2014 in die Wohnung stürmte. Sie verhafteten die Mutter, beschlagnahmten Computer und religiöses Infomaterial und ließen die beiden kleinen Kinder, vier und acht Jahre alt, allein zurück. Ein Volksgericht in Liuzhou (Provinz Guangxi) verurteilte die drei Gemeindemitglieder am 24. April 2015 zu jeweils zwei Jahren Gefängnis. Der Vorwurf: Die pädagogische Einrichtung sei eine illegale Gründung, die unerlaubt Gewinn aus der Herstellung des Lehrmaterials und seiner Verbreitung erziele. Die Liangren-Hauskirche wurde mehrfach zur Zielscheibe von Zwangsschließungen, Beschlagnahmungen, Festnahmen auf der Grundlage unrechtmäßiger Vorwürfe.

Gläubige in Shenyang beten (Bild: Michael Ragg)

Evangelische wie katholische Christen sind gleichermaßen von einer Kampagne in der Provinz Zhejiang zur „Sinisierung“ und Unterwerfung unter die Kontrolle der KP betroffen: Seit zwei Jahren werden auf Betreiben der Provinzregierung Kreuze von den Kirchen abgerissen. Beschädigt werden dabei nicht nur christliche Kirchen, sondern auch Gebäude anderer Religionen, die jedoch alle vorschriftsmäßig erstellt wurden (vgl. China heute XXXIV, 2015, Nr. 3 – 187). Der evangelische Pastor Huang Yizi sitzt derzeit noch wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“ hinter Gittern, nachdem er am 24. März 2015 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war: Es war immerhin das Kreuz einer offiziellen Kirche, das er zusammen mit rund 300 anderen Gläubigen retten wollte.

Im Juli und August dieses Jahres stieg die Zahl solcher Beschädigungen auch noch enorm an. Viele Christen protestierten; gegen die Demonstranten gingen die Sicherheitskräfte wiederholt mit Gewalt vor. Am 25. August 2015 wurde der christliche Rechtsanwalt Zhang Kai festgenommen, der mehr als 100 evangelische Gemeinden vertrat, zusammen mit seinem Assistenten Liu Peng, der Anfang Dezember glücklicherweise freigelassen wurde. Im Spätsommer kam es zu etlichen weiteren Festnahmen.

Selbst dem Klerus der von Peking kontrollierten offiziellen katholischen Kirche wurde das Treiben zu bunt: Der 89-jährige Bischof Vincent Zhu Weifang von Wenzhou und 20 Priester demonstrierten am 24. Juli 2015 vor dem Regierungsgebäude. Katholische und evangelische Laienorganisationen appellierten gleichermaßen an die Regierung, mit der Demontage aufzuhören. Es schloss sich eine Koalition zusammen, wie sie in der modernen Kirchengeschichte Chinas

dem Gründer der Organisation China Aid, Bob Fu, zufolge bislang einmalig ist: interkonfessionell und zwischen offiziell anerkannten Kirchenvertretern und Repräsentanten der Hauskirchen. Beobachter gehen davon aus, dass der Regierung der enorme Zuwachs der Christen aller Konfessionen ein Dorn im Auge war. Ob es eine Warnung an andere christliche Gemeinden außerhalb der Provinz Wenzhou sein könnte, schließen Beobachter nicht aus. Jedenfalls hat sich Chen Yixin, Sekretär der Kommunistischen Partei in der Stadt Wenzhou mit der Kampagne, die rund 1.500 Kreuze betraf, laut Medienberichten in seiner Partei beliebt gemacht haben. Jetzt ist er zu einem der obersten Wirtschaftsberater von Präsident Xi Jinping ernannt worden.

Hochzeit in Shenyang (Bild: Michael Ragg)

Vier Pastoren, zusammen mit Rechtsanwalt Liu Peng und noch einem Anwalt, die sämtlich gegen die Entfernung der Kreuze protestiert hatten, sind Ende November und Anfang Dezember freigelassen worden. Der jüngste Häftling, der evangelische Pastor Wang Yunxian der Longwan Kirche aus der Küstenprovinz, wurde am 8. und 9. Dezember 2015 von den Behörden in Wenzhou freigelassen. Sie setzten auch die Pastoren Cheng Chaohua, Huang Xiaoyuan und Zhou Jian sowie die Anwälte Fang Xiangui und Liu Peng, Assistent des Rechtsanwalts Zhang Kai, am 8. Und 9. Dezember auf freien Fuß. Zwei weitere Pastoren wurden Ende November aus der Haft entlassen. Der christliche Rechtsanwalt Zhang Kai ist noch immer inhaftiert, zusammen mit sechs Pastoren.

Die Ergebnisse der Gespräche zwischen Peking und dem Vatikan, die im Juni 2014 erst wieder aufgenommen worden waren, sind rar: Die beiden Seiten erreichen nur in einzelnen Fällen Lösungen, während sich in anderen nichts weiterbewegt: Die offizielle katholische Kirche in den Bistümern Zhumadian und Anyang (beide Provinz Henan im Osten) wählte Ende April 2015 ihre Bischöfe, nachdem diese von Rom ernannt worden waren. Josef Zhang Yinlin wurde im vorigen August zum Bischof von Anyang geweiht, ausländische Pressevertreter jedoch von den Feierlichkeiten ausgeschlossen.

Volle Kirche auf dem Land (Bild: Michael Ragg)

Ein dritter Kandidat, in der Diözese Chengdu (Provinz Sichuan im Südwesten), gelangte nicht zur Wahl, nachdem ihn der Papst nicht bestimmt hatte. Bischof Martin Wu Qinjing durfte 2014 nach sieben Jahren Hausarrest infolge seiner heimlichen Bischofsweihe von 2006 in seine Diözese zurückkehren. Im Juli 2015 wurde er für die offizielle Kirche als Bischof der Diözese Zhouzhi installiert. Dem stehen kurzzeitige Festnahmen, aber auch Verschleppungen von Repräsentanten der Untergrundkirche entgegen. Vor allem sei an dieser Stelle an Bischof Su Zhimin von Baoding (Provinz Hebei im Nordosten) erinnert, der seit 1997 an einem unbekannten Ort festgehalten wird. Das Regime stempelte ihn als Konterrevolutionär ab, weil er der katholischen Sammlungsbewegung unter staatlicher Kontrolle nicht beitreten wollte. Beobachter halten die Erklärung für plausibel, dass er Faustpfand in den Händen der KP ist, um die Position gegenüber dem Vatikan zu stärken. Der Aufenthaltsort von Koadjutorbischof Cui Tai von Xuanhua (Provinz Hebei im Nordosten), voriges Jahr verhaftet, ist ebenfalls unbekannt. Bischof Cosmas Shi Enxiang von Yixian, seit 14 Jahren an geheimem Ort festgehalten, soll im Januar 2015 94-jährig verstorben sein. Der emeritierte katholische Bischof von Hongkong, Kardinal Joseph Zen Ze-kiun warnte Rom wiederholt davor, zu leicht Kompromisse einzugehen. Den Dialog hält der Regierungschef des Vatikans, Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin, für alternativlos: Zuletzt reiste am 11. Oktober eine sechsköpfige Delegation aus dem Vatikan nach Peking, wobei sie sich zusammen mit den chinesischen Gesprächspartnern zu Bischof Ma Yinglin ins Nationale Seminar begaben, der die von Rom nicht anerkannte, staatlich sanktionierte chinesische Bischofskonferenz anführt. Die Symbolik lässt die Katholiken auf Erleichterungen hoffen.

Informationen über die Arbeit des Arbeitskreises „Religionsfreiheit“ erhalten Sie bei der
IGFM
Borsigallee 9
60388 Frankfurt/M
Tel. 069-420108-0
Fax. 069-420108-33
e-mail: religion@igfm.de
www.igfm.de

Impressum

Herausgeber: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt,
Tel.: 069 - 420 108 0, Fax : 069 - 420 108 33
e-mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de
UstIDNr. DE 1142 35 684
Verantwortlich: Karl Hafen
Redaktion: Michaela Koller, Karl Hafen
Druck: johnen-druck, Bernkastel-Kues
Satz und Layout: Pixelvektor Stefan Eschenbach
Sektion Österreich:
Hackerhofergasse 1, A-1190 Wien
Tel.: 0043 - 991 943 9920, Fax: 0043 - 1 - 236 9231
Sektion Schweiz:
Birkenweg 1, CH-2560 Nidau,
Tel.: 0041 -32- 331 75 67, Fax : 0041 -32- 331 57 81
Herausgabe bezuschusst aus Mitteln der Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen.
Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein.